FDP-Rathausfraktion Wiesbaden

AUSZUBILDENDE ERZIEHERINNEN FINANZIELL UNTERSTÜTZEN!

09.06.2018

Auf Antrag der Freien Demokraten hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familien in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, finanzielle Unterstützungsmodelle für Auszubildende in den Wiesbadener Kindertagesstätten zu konzipieren. Obwohl der Arbeitsmarkt für Erzieher/innen hessenweit praktisch leergefegt ist und die Einrichtungen händeringend Nachwuchs suchen, entscheiden sich zu wenige junge Menschen für den Erzieherberuf. Dabei werden in Wiesbaden im Rahmen des Kita-Ausbaus bis zu 250 zusätzliche Erzieher/innen benötigt. Ein Grund für den Mangel ist finanzieller Natur: Erst im letzten Abschnitt der vierjährigen Ausbildung erhalten die Azubis ihren ersten Lohn, davor sind sie auf Schüler-BAföG oder die Unterstützung der Eltern angewiesen.

Sebastian Rutten, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, zeigte sich entsprechend zufrieden: „Mit dem heutigen Beschluss haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht. Der gegenwärtige Erziehermangel ist kein Schicksal, dass wir einfach hinnehmen müssen. Qualität und Quantität sind beim Ausbau der Kinderbetreuung die Schlüsselgrößen. Dafür brauchen wir unbedingt mehr qualifiziertes Personal. Ein zusätzlicher finanzieller Anreiz wird dazu beitragen, dass sich mehr engagierte und interessierte Jugendliche für die anspruchsvolle Ausbildung entscheiden. Für die Kindertagestätten und damit auch die Familien in Wiesbaden wäre das ein echter Gewinn.“

Der Vorstoß der Freien Demokraten fand fraktionsübergreifende große Zustimmung. Das zuständige Dezernat wird die finanzielle Zuschussmodelle für auszubildende Erzieher /innen, insbesondere das von den Liberalen favorisierte Umlagemodell nun sorgfältig prüfen und dem Ausschuss mögliche Konzepte vorlegen. Aus Sicht der Freien Demokraten ist damit ein Prozess eingeleitet, welcher den grassierenden Erziehermangel

Abgerufen am 08.11.2026 unter https://fdp-rathaus.de/?p=163

lindern und gleichzeitig Modellcharakter für andere Städte und Regionen haben könnte.

Abgerufen am 08.11.2026 unter https://fdp-rathaus.de/?p=163